

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/127

Bonn, den 2. Juli 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
	Erhard abgemeldet	23
	Sinkende Popularitätskurve des Bundeskanzlers	
	Was soll das ?	24
	Die Bundesregierung und der Berliner Senat	
2 - 3	Hilfe für unsere alten Mitbürger	67
	Niedersachsen will Schrittmacher sein	
	Von Kurt Partzsch Sozialminister des Landes Niedersachsen	
4	Ferien auf dem Bauernhof	49
	Wichtiger Teilbereich des Fremdenverkehrs Hessen fördert auch hier die Initiative der Dörfer	
5	De Gaulle bereitet Asien-Reise vor	44
	Der General will auch dort als "Eisbrecher" auftreten Vor unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	

***** DIE SORGEN UNSERER STÄDTE *****

Der SED-Pressedienst hat die Oberbürgermeister mehrerer deutscher Großstädte gefragt, welche Probleme sie am meisten bedrängen. Die Antworten werden ab nächster Woche in zwangloser Reihenfolge veröffentlicht. Unabhängig voneinander gelangen die Oberbürgermeister, die zu den an sie gerichteten Fragen Stellung nehmen, zu der gemeinsamen Auffassung: Kriegsfolgenlasten, das Anwachsen der Städte und die damit im Zusammenhang stehenden erhöhten Anforderungen im Wohnungsbau, bei der Einrichtung kultureller Anlagen und die Bewältigung der Verkehrsprobleme gehen weit über die Kraft der Gemeinden.

Die Redaktion

Erhard abgemeldetSinkende Popularitätskurve des Bundeskanzlers

sp - Nach den Ausfällen des Bundeskanzlers im Revier steht für die CDU fest: Erhard eignet sich nicht einmal mehr als Wahllokomotive. Allgemeines Urteil in führenden CDU-Kreisen: Wer so haltlos aus den Lat-schen kippt, wie Erhard, wenn er einmal hart angepackt wird, beweist damit, daß ihm die Nerven fehlen, um schwierige Situationen durchstehen zu können. - Jetzt haben in der CDU die Leute Recht behalten, die Erhard vom Revier fernhalten wollten, weil sie sein geringes Stehvermögen kennen. Der Bundeskanzler hat sich jedoch buchstäblich aufgedrängt; er wollte unbedingt im Revier sprechen. Freunde Erhards urteilen über die Entgleisungen des Bundeskanzlers etwas milder. Sie sagen, daß Erhard nicht stehen könne, habe man schon immer gewußt. Wenn man ihn trotzdem zum Bundeskanzler gemacht habe und er jetzt seine Haltlosigkeit vor aller Öffentlichkeit unter Beweis stelle, so sei die Schuld nicht bei Erhard, sondern bei denen zu suchen, die ihn gegen alle besseren Einsichten auf den Schild gehoben hätten.

Unabhängig von den Vorgängen im Revier melden sich in der CDU immer mehr Stimmen, die eine baldige Wackablösung an der Spitze der Partei und der Bundesregierung fordern. Wenn es bis jetzt noch gelungen sei, die Unzulänglichkeiten des Kanzlers der breiten Öffentlichkeit gegenüber zu verbergen, so werde dies, je näher die Bundestagswahl rücke, nicht mehr möglich sein. Sofort nach der Landtagswahl in NRW soll deshalb in einem vertrauten Kreis beraten werden, unter welchen Voraussetzungen Erhard "mit Anstand" abgehäuft werden könne.

+ + +

Was soll das ?

Die Bundesregierung und der Berliner Senat

sp - Ein unerzehrliches Schauspiel wurde und wird in diesen Tagen der deutschen Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Erneuerung des Passierscheinabkommens über Härtefälle in Berlin geboten. Unerfindlich bleibt, was wohl die Bundesregierung bewogen haben mag, in einer Angelegenheit Härte an den Tag zu legen, die von allen, bei voller Bewahrung der juristischen und politischen Rechtspositionen, ein Höchstmaß von Beweglichkeit erfordert. Der Berliner Senat hat die Bundesregierung über alle Phasen der Verhandlungen mit den Ostberliner Bevollmächtigten unterrichtet, ohne Widerspruch zu finden. Der Berlin-Beauftragte des Bundes gab den Vereinbarungen seine Zustimmung, ebenso die drei westlichen Alliierten. Fast über Nacht und ohne überzeugende Begründung verwarf Bonn das schon unterschriebene Abkommen und beschwört damit die Gefahr herauf, daß die Berliner Bären für die Erledigung von Härtefällen nun geschlossen werden. Die Bundesregierung richtete in diesem Zusammenhang heftige Angriffe gegen den Berliner Senat, als ob sie es mit einer feindlichen Macht zu tun hätte. Das deutsche Volk hat dafür kein Verständnis. Was zwischen Berlin und Bonn an Mißverständnissen und Auffassungsunterschieden entstand, hätte in aller Stille beigelegt werden können. Bonn aber wählte vor aller Öffentlichkeit den Weg der Anklage und Verdächtigungen - haltlose Verdächtigungen, wie sich für jeden Kenner der schwierigen und komplizierten Materie herausstellt. Was soll dies alles? Den Nutzen haben nur die Kommunisten, sie können sich wieder einmal dank Bonner Instinktlosigkeit und interministerieller Querschüsse vor Freude die Hände reiben.

+ + +

- 2 -

Hilfe für unsere alten Mitbürger

Niedersachsen will Schrittnacker sein

Von Kurt Partzsch

Sozialminister des Landes Niedersachsen

Das Bundesland Niedersachsen hat fast sieben Millionen Einwohner, von denen zur Zeit 850 000 über 65 Jahre alt sind. Im Jahre 1950 waren 615 540 Einwohner über 65-jährig, 1960 waren es 740 405; noch im Jahre 1910 war nur jeder zwanzigste Einwohner über 65 Jahre alt. Diese Zahlen zeigen, wie sich die Alterszusammensetzung verändert hat und wie sich damit die spezielle Aufgabe der Hilfe für alte Menschen und die finanziellen Aufwendungen hierfür verändern muß. Die soziologischen Voraussetzungen sind bekannt; wir befinden uns noch immer im Übergang von der bäuerlich-handwerklichen Lebensordnung zur Lebensform der industriellen Gesellschaft. Die Großfamilien lösen sich auf; der alte Mensch wird mehr und mehr heimatlos. Jetzt kommt es darauf an, ihn in die Gemeinschaft einzugliedern. Damit ist die eine Seite der großen Umwandlung angedeutet.

Die andere neue Voraussetzung ist ein Erfolg der fortschreitenden medizinischen Wissenschaft. Die Menschen werden älter, sie werden uralte. Wenn ich sage, wir haben in Niedersachsen 850 000 alte Menschen, dann ist das zwar Statistik, doch außerordentlich lebendige Statistik. Es handelt sich 850 000 einzelne Menschen mit unterschiedlichen Lebensbedürfnissen, die wir so gut als möglich berücksichtigen wollen. Wir bemühen uns deshalb darum, die alten Menschen im pulsierenden Leben - also in der Gemeinschaft - zu halten, sie nicht in weltferne 'Altenghettos' abzusondern. Um dieses Ziel zu erreichen bauen wir vernünftige, lebensgerechte Wohnungen für alte Leute, nicht weit vom Schuß, sondern mitten hinein in die allgemeinen Wohnsiedlungen. 9 000 Wohnungen haben wir gebaut, 15 000 müssen gebaut werden; ich denke, wir schaffen jährlich etwa 1 500. Im Wohnbauprogramm-1966/67 sind 26 025 000 DM als öffentliche Baudarlehen für Altenwohnungen vorgesehen.

Andere Formen, alte Menschen ihren Möglichkeiten gemäß an allgemeinen Leben teilnehmen zu lassen, sind die Altenbegegnungsstätten. Wir haben in Niedersachsen 67. Dazu kommen die Maßnahmen

zur Altenerholung. Bis jetzt haben wir sieben Altenerholungsheime. Im Haushaltsansatz 1966 stehen 125 000 DM für Erholungskuren. Weitere 125 000 DM sind für minderbemittelte alte Menschen aus Berlin vorhanden. Die Erholungskuren für alte Berliner werden in Bad Harzburg durchgeführt. Im Herbst 1965 hatten wir dort den tausendsten Gast aus Berlin. In den vergangenen vier Jahren hat das Land 70 000 DM allein für Erholungskuren bereitgestellt. In den Erholungsheimen wird uns dann immer wieder bestätigt, wie richtig wir handeln, wenn wir alte Menschen nicht absondern, - was sich da an Lebensfreude und Unternehmungslust zeigt, muß uns immer wieder anregen, offen, lebensnah, modern zu arbeiten. In vieler Beziehung ist das alles ein Anfang, weil einfach nicht genug Erfahrungen vorhanden sein können.

An unsere hochbetagten und körperlich sehr behinderten Mitbürger denken wir natürlich auch. Wir haben alte Menschen befragt; sie finden es sehr gut, daß es Altenheime gibt, doch sie wollen nicht hinein. Sie entschließen sich erst dann, wenn sie allein wirklich nicht mehr zurechtkommen können. Wir haben in den letzten fünf Jahren 60 Altenheime neu gebaut und viele bestehende Einrichtungen hergerichtet, verbessert, erweitert. Aber überall fehlen uns Menschen, die ihrer Ausbildung nach und überhaupt in der Lage sind, Altenarbeit zu übernehmen.

Wir haben in Niedersachsen 130 Altenwohnheime mit zusammen 46 95 Bewohnern, dazu kommen 37 Altenpflegeheime. 300 000 DM sind 1966/67 für die Offene Altenhilfe im Etat; wir unterhalten damit Gemeindeschwesternstationen. Sehr wichtig ist in diesem Zusammenhang die Hauspflege; wir haben 100 000 DM vorgesehen; zentrale örtliche Leitstellen sollen geschaffen werden. Lehrgänge zur Vorbereitung dieser Arbeit sind dringend notwendig.

Die Summen, von denen wir hier sprechen, hören sich enorm an; in den letzten Jahren sind es elf Millionen DM gewesen. Trotz der prekären Finanzlage des Landes - wir brauchen mehr Geld für unsere alten Mitbürger! Von der Öffentlichkeit müssen wir erwarten, daß sie unsere Maßnahmen durch die richtige Gesinnung stützt. Das wird mit der Zeit von selber kommen. Alt werden wir alle bestimmt einmal; was wir jetzt für unsere alten Menschen tun, tun wir schließlich auch für uns.

Ferien auf dem Bauernhof

Wichtiger Teilbereich des Fremdenverkehrs

H.D. - Ferien auf dem Bauernhof, das sind Ferien in einer unverbildeten Umgebung, fernab vom hektischen Getriebe der Großstädte. Es sind keine "Ferien von der Stange", und schließlich haben sie auch den Vorteil, daß sie den Geldbeutel des Urlaubers nicht über Gebühr strapazieren. Hessen mit seinen Höhengebieten ist seit einigen Jahren ein beliebtes Ziel jener Feriengäste, die für einige Wochen die berufliche Hetze mit der Ruhe und Beschaulichkeit des Lebens auf einem Bauernhof vertauschen wollen. Die Voraussetzungen hierfür sind ideal, und das Angebot an Zimmern wird ständig, vor allem durch die Unterstützung der Hessischen Landesregierung, erweitert.

Das Land Hessen unterstützt diese Entwicklung nicht nur ideell, sondern auch mit beträchtlichen finanziellen Mitteln. Um ein übriges zu tun, haben jetzt der Hessische Wirtschaftsminister Rudi Arndt und Landwirtschaftsminister Gustav Hacker in Zusammenarbeit mit dem Fremdenverkehrsverband Kurhessen und Waldeck und dem Landesverkehrsverband Hessen eine Broschüre herausgebracht, die den Titel trägt "Ferien auf dem Bauernhof - ABC der bauerlichen Fremdenbeherbergung".

In seinem Geleitwort schreibt Minister Arndt: "Ferien auf dem Bauernhof sind ein wichtiger Teilbereich des Fremdenverkehrs in Hessen. Hier haben Landwirtschaft und Wirtschaft im Interesse des Feriengastes und besonders der Familien einen Ansatz zu fruchtbarer Zusammenarbeit. Von Jahr zu Jahr verbringen mehr Menschen aus den Industriegebieten an Rhein und Ruhr, aus Norddeutschland und Berlin sowie aus Nordeuropa ihre Ferien in den weiten hessischen Wäldern. .. Schon heute gibt es in vielen Teilen unseres Landes, vor allem in den landschaftlich reizvollen Höhengebieten, zahlreiche Gehöfte, die Erholung und Naturexlebnis und zugleich auch ein wenig körperliche Betätigung bieten, also genau das, was der bewegungsarme Stadtmensch heute braucht."

"Das wachsende Bedürfnis der Bewohner der Stadtregionen nach echter Erholung", so schreibt Landwirtschaftsminister Hacker, "gibt Fremdenbeherbergungsunternehmen in den Höhengebieten eine gute Chance. Auch Landwirte können sich in die Fremdenbeherbergung einschalten und auf diese Weise in idealer Verbindung mit der Landbewirtschaftung ein zusätzliches Einkommen erschließen. Deshalb habe ich die Höhenlandwirtschaft wiederholt auf die Notwendigkeit zusätzlicher Einnahmen und die besondere Eignung der Fremdenbeherbergung als Zuerwerbsquelle aufmerksam gemacht." Die Broschüre bringt in übersichtlicher Form alles, was bei der Beherbergung von Gästen zu berücksichtigen ist. Sie verweist ebenso auf möglicherweise bauliche Maßnahmen wie auf die Einrichtung der bauerlichen Fremdenzimmer. Preisgestaltung, Gästewerbung und -betreuung, Rechts- und Steuerfragen werden ebenso behandelt wie etwa Vorschläge für einen abwechslungsreichen Speisezettel. Nicht weniger wichtig sind schließlich die Möglichkeiten, die einem bauerlichen Beherbergungsbetrieb im Rahmen des Fremdenverkehrsförderungsplans der Hessischen Landesregierung zur Verfügung stehen. Alles in allem eine wertvolle Hilfe für den Landwirt, der sich der Aktion "Ferien auf dem Bauernhof" anschließen will. Nicht zuletzt aber auch wird die Schrift wieder dem Gast zugute kommen, der in behaglicher Umgebung Ferien vom Alltag machen kann.

De Gaulle bereitet Asien-Reise vor

Der General will auch dort als "Eisbrecher" auftreten

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

De Gaulles Parole "vom Atlantik zum Ural", wurde während seiner Reise durch die Sowjetunion durch einen "Abstecher" in das asiatische Rußland jenseits des Ural "korrigiert". In Moskau hatte der General nach seiner Ankunft noch "Vive la Russie" gerufen, in Nowosibirsk rief er "Vive l'Union Soviétique" und ließ somit nicht nur "das ewige Rußland", sondern auch die Sowjetunion hochleben. Er erwies somit dem in Moskau herrschenden politischen Regime seine Reverenz und anerkannte indirekt auch Moskaus "asiatische Sendung".

Leichter als in europäischen Fragen konnten sich Paris und Moskau über die

Krise in Südostasien

einigen. Sie sind ausdrücklich für "Wiederherstellung des Friedens, Abzug aller ausländischen Streitkräfte, Wiedervereinigung Vietnams durch demokratische Selbstbestimmung". Das politische Gewicht einer derartigen Erklärung ist aber nicht hervorlegend, denn über den weiteren Verlauf der Ereignisse in Südostasien entscheiden derzeit nicht Moskau oder Paris, sondern vor allem Washington und Peking.

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß de Gaulles Reise durch die Sowjetunion von der chinesischen Presse totgeschwiegen wurde. Peking sieht die französisch-russische Annäherung mit großem Mißtrauen. Die chinesische Führung beschuldigt die Moskauer "Revisionisten" der Schützenhilfe für die amerikanischen "Imperialisten", die durch eine Befriedigung Europas freie Hand für einen Asienkrieg bekommen sollen.

De Gaulle-Besuch in Peking ?

Es ist nicht ausgeschlossen, daß de Gaulle in Peking auftaucht. Im August wird er Gast von Fürst Sihanouk in Kambodscha sein und an der Grenze Südvietsams stehen. Von dort wird er in Reden und Ansprachen sein Asienprogramm entwickeln:

- * Friedensverhandlungen mit Beteiligung Pekings.
- * Hinausdrängung der US-Streitkräfte.
- * demokratische Wiedervereinigung Nord- und Südvietsams.

Man kann jetzt schon vorhersehen, daß de Gaulles Reden in Südostasien vielleicht größeren Widerhall finden, als in Europa. Eine persönliche Botschaft de Gaulles an Ho Tschiminh wurde dieser Tage überreicht. Von Vietnam wäre es nur ein Sprung bis Peking, wo de Gaulle seit langem eingeladen ist. Die chinesischen Führer könnten auf diese Weise ein "Gegengewicht" zu de Gaulles Moskaubesuch setzen und die Schlappen wettmachen, die sie seit einiger Zeit in einer Reihe von Ländern einstecken mußten, zuletzt anlässlich der Visite Tschu Enlais in Bukarest.

De Gaulle will sich nicht nur in Europa, sondern auch im Fernen Osten als "Eisbrecher" betätigen. Seine Reise durch die Sowjetunion war Höhepunkt einer jahrelangen Entwicklung und zugleich auch Start zu neuen Ufern.